



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

/IX/149 - 3.7.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

|  |      |
|--|------|
| Zum Rundfunk-Interview des Kanzlers    | S. 1 |
| Die militärische Lage in Indochina     | S. 2 |
| SPD-Initiative im Sozialen Wohnungsbau | S. 4 |

## Un glaubwürdige Drohung

(sp) Etwa nach dem Motto: Und bist du nicht willig, so kann ich anders, hat der Bundeskanzler in seinem Freitag-Rundfunk-Interview einen letzten an die Adresse der neuen französischen Regierung geradezu beschwörenden Appell gerichtet, doch noch und ohne Zeitverlust die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft, so, wie sie in den Verträgen niedergelegt ist, zu ratifizieren. Sollte sich Frankreich nicht dazu entschliessen können, dann, sagte der Kanzler, "lehnen wir unter allen Umständen jeden Versuch ab, uns irgendeine Wiederbewaffnung unter entwürdigenden Bedingungen, also eine irgendwie entmündigte deutsche Armee zuzumuten. Ich lege Wert darauf, dies ein für allemal festzustellen".

Dies ist ein erstaunlicher Satz aus dem Munde eines Mannes, der mit seiner Politik der ständigen, aber von der Gegenseite nicht honorierten Vorleistungen nun steckenblieb und nicht mehr weiss, wie er weiterkommen soll. Die Schwenkung um 180 Grad, die Adenauer mit seiner Feststellung wohl andeuten wollte, steht in zu offenkundigem Widerspruch zu seiner ganzen bisherigen Politik, um glaubhaft zu sein oder Frankreich einen Schrecken einzujagen.

Die Ursache aller Schwierigkeiten um die westdeutsche Wiederbewaffnung liegt doch darin, dass der Bundeskanzler seinerzeit ungefragt einen deutschen Verteidigungsbeitrag angeboten hatte. Um ihn zu verwirklichen, mussten er und die ihn stützenden Parteien den verhängnisvollen Weg des deutschen Ausverkaufs beschreiten. So ging mit der Montan-Union die Verfügungsgewalt über das letzte Nationalvermögen, das uns nach dem Zusammenbruch verblieb, verloren, mit dem gleichzeitigen Eintritt von Bundesrepublik und Saargebiet in den Europarat wurde stillschweigend die Abtrennung des Saarlandes vollzogen, mit der Unterschrift unter den EVG-Vertrag die künftigen deutschen Divisionen fremdem Oberbefehl unterstellt und mit dem Generalvertrag für 50 Jahre auf eine aktive deutsche Politik der Wiedervereinigung verzichtet.

Da dies alles geschah, klingt es ewigermassen unglaubwürdig, wenn er für die Zukunft "entwürdigende Bedingungen unter allen Umständen" ablehnt, da er auf sie gerade in der EVG und seiner gesamten Europakonzeption eingegangen ist.

+

+

+

- 2 -

Konzentration zur Defensive**Die Motive der Räumungsaktion in Nordvietnam**  
( Von einem militärpolitischen Mitarbeiter )

Die Rückzugsbewegungen der französischen Unionstruppen in Nordvietnam haben auf den verschiedensten Seiten Unruhe ausgelöst. Amtliche amerikanische und britische Stellen erklären, sie seien über den Entschluß des französischen Oberkommandos nicht unterrichtet worden. Auch für die höchsten vietnamesischen Beamten kam der Befehl völlig überraschend. Wie ein Schock aber wirkte der Abmarsch der Truppen auf die Bevölkerung der betroffenen Gebiete, die auf zwei Millionen geschätzt wird, was etwa 200 000 neue Rekruten für Ho Tschí minh bedeutet.

Überrascht hat zunächst auch, dass nur etwa 2 % der meist katholischen Bevölkerung evakuiert werden konnten. Aber es war offenbar wirklich unmöglich, mehr als 50 000 Menschen in der kurzen Zeit abzutransportieren, weil Transportmittel fehlen und weil Aufnahmeraum samt einer ausreichenden Nahrungsdecke nicht vorhanden ist. Die Überfüllung von Hanoi und Haiphong, die bereits zur direkten Verteidigung eingerichtet werden, ist schon kaum mehr vertretbar. Die Versorgung in diesem Raum ist bereits ins Stocken geraten - ein schwerwiegendes Moment angesichts einer Bevölkerung, die überleben will, auch wenn die französischen Truppen abziehen müßten. Am bedenklichsten sind daher die psychologischen Rückwirkungen auf die im Stich gelassenen Vietnamesen, die in ihrem katholischen Teil zur französischen Union hielten und sich nun den Vietminh ausgeliefert sehen. Das stärkt nicht die Zusammenarbeit mit der französischen Schutzmacht in anderen Landesteilen.

Der gefährdete Schlauch Haiphong - Hanoi

Die allgemeinen Angaben über den geräumten Abschnitt sind sehr unvollständig. Es ist der westliche Abschnitt des Roten Fluß-Deltas; wenn die Räumung auf die bisher gemeldeten Plätze Namdinh, Ninhbinh, Phat Diem und Lac Quan beschränkt bleibt, handelt es sich also um das ganze Westufer des Roten Flusses bis zu seiner Mündung in den Golf von Tongking. Mit der Aufgabe dieses Raumes geht auch die dortige Reisernnte verloren, deren Einbringung durch den plötzlichen Rückzugsbefehl

unterbrochen werden mußte, denn erst vor kurzer Zeit war damit begonnen worden, die Felder unter Truppenschutz abzuernten. Jedenfalls verbietet die Plötzlichkeit der Räumung den Abtransport aller Reisvorräte in den Schlauch Haiphong-Hanoi, der nun nach Konzentration der noch vorhandenen Kampftruppen unter allen Umständen gehalten werden soll.

Dieser überfüllte Längsstreifen ist für jeden defensiven Auftrag eine starke Erschwerung, weil die an seinen Enden liegenden großen Städte mit Menschen überbesetzt sind, die versorgt werden müssen, wenn Paniken verhindert werden sollen. Außerdem ist die einzige Verbindungsstraße seit Wochen nur vier Stunden am Tage passierbar und auch in diesen oft unterbrochen, da Minenanschläge des stark eingesickerten Gegners an der Tagesordnung sind, obwohl alle Kolonnen im, von starken Panzerabteilungen gesicherten Konvoi fahren müssen. So zieht die Sicherung der Straße gerade die für eine bewegliche Verteidigung notwendigen Panzer- und mot. Verbände von ihren Kampfaufgaben ab. Die Vietnamesen beurteilen die Lage ernst, wie aus dem Aufruf des Ministerpräsidenten an die Stadt Hanoi hervorgeht. Auch die Tatsache, dass schwere französische Seestreitkräfte vor Mittelmeer schleunigst in Marsch gesetzt wurden, um bei der eventuellen Aufgabe von Haiphong mit ihrer schweren Artillerie einen letzten Rückhalt zu geben, kennzeichnet die Lage.

Zweifellos sind in den letzten Wochen größere französische Verstärkungen nach Indochina in Marsch gesetzt worden, allerdings nicht so viele, wie ursprünglich vorgesehen waren, da sehr starke Verbände vom Mutterland nach Marokko und Tunis abgezweigt werden mußten. Jedenfalls haben die Reserven für Indochina nicht genügt, eine Verdichtung der Abwehr ohne Aufgabe weiteren kostbaren Bodens herbeizuführen.

#### Acht Divisionen fehlen

Nun ist der Gedanke aufgetaucht, alle diese Räumungen ständen mit Geheimabmachungen zwischen Mendès-France und Tschu En-lai in Zusammenhang. Schon allein die kurze Frist, die seit der Berner Zusammenkunft vergangen ist, verbietet diese Annahme. Die militärische Räumung großer Gebiete braucht immer sehr lange Fristen. Die Aufgabe des Südabschnittes im Delta entspricht vielmehr der ungeschminkten militärischen Lage, für die Dien Bien Phu nur ein Anhaltspunkt war. Senator Knowland konnte zwar aus weiter Ferne von einer "schlecht verhängelten Kapitulation" Frankreichs sprechen, aber den Truppen der Französischen Union hilft er damit nicht. Auch die Washingtoner Generalstabsbesprechungen fanden keine Lösung, da die dringend benötigten acht Divisionen einfach fehlen.

Eine ganz andere Frage ist es, ob es von Paris sehr klug war, die Dinge so weit treiben zu lassen. Was heute geschehen muß, ist nur die automatische Folge von falschen operativen Anlagen, der völligen Verkennung des Feindes, der Überschätzung der Folgebereitschaft der Bevölkerung und der natürlichen Ermüdungserscheinungen eines acht Jahre währenden Krieges. Diese Faktoren rechtzeitig in Rechnung zu stellen, wäre die Aufgabe einer weitsichtigen Pariser Außenpolitik gewesen, die im Kaleidoskop französischer Nachkriegskabinette immerhin die längste Zeit in der Hand eines und desselben Ministers war.

+ + +

#### Sozialer Wohnungsbau muß Vorrang behalten

sp - Seit der Münchener Rede des Bankiers und Andenauer-Freundes Dr. Pferdenges über die Wiedergesundung des Kapitalmarktes, und die Abschaffung des Sozialen Wohnungsbaues geht es in der Wohnungsbau-politik recht lebhaft zu. Nicht zuletzt hat dazu der "Neue Besen", Wohnungsbauminister Preußner, beigetragen, von dem man den Eindruck hat, dass er dem Sozialen Wohnungsbau mit einer Art Paragraphen-Erstickungstod den Garaus machen will.

Um es ganz kurz zu rekapitulieren: Die beachtlichen Leistungen auf dem Gebiete des Sozialen Wohnungsbaues im Verlauf der ersten Legislaturperiode des ersten Deutschen Bundestages wurden neben den großartigen Anstrengungen der Gemeinden und der Länder aus zwei Hauptgründen erreicht: erstens, weil der erste Deutsche Bundestag einmütig ein vernünftiges Gesetz über den Sozialen Wohnungsbau verabschiedet hat, das nicht zuletzt sozialdemokratischer Initiative und dem verstorbenen Ausschußvorsitzenden Erich Klabunde (SPD) zu verdanken ist, zweitens, weil der erste Deutsche Bundestag fast eifersüchtig darüber wachte, dass die Mittel des Bundes für den Sozialen Wohnungsbau im ordentlichen Teil des Etats verankert wurden, d.h. auch immer tatsächlich vorhanden waren.

Der erste "Schritt vom Wege" ereignete sich in der letzten Sitzung des ersten Bundestages im Kölner Funkhaus. Die damals eingeführte Kategorie des "gehobenen" Sozialen Wohnungsbaus und die Erhöhung der Richtsatzmieten haben neben anderen Faktoren dazu geführt, dass man heute nur noch von einem entarteten Sozialen Wohnungsbau sprechen kann denn auch im Sozialen Wohnungsbau ist es heute so, dass eine Wohnung häufig nur noch über Mietvorauszahlungen, verlorene Baukostenzuschüsse Arbeitgeberdarlehen oder erhöhte Mieten zu erhalten ist.

Was also liegt näher, als eine Reform des Gesetzgebungswerkes anzustreben mit dem Ziel, wieder Wohnungen für wirtschaftlich schwache Schichten der Bevölkerung zu tragbaren Mieten zu bauen? Bundeswohnungsbauminister Preußker behauptet, gerade das sei das Ziel seines Gesetzesentwurfes. Ist dem wirklich so? Nur zwei Punkte seien herausgegriffen.

Die Aufhebung der Richtsatzmieten und die Einführung der sogenannten Kostenmiete mit der damit zwangsläufig verbundenen kräftigen Steigerung der Mieten im Sozialen Wohnungsbau wirft die Frage auf, für wen eigentlich diese Wohnungen erbaut werden sollen? Für die wirtschaftlich und sozial schwachen Schichten der Bevölkerung keinesfalls, denn Mieten von DM 90,- für eine in Größe und Ausstattung angemessene Familienwohnung sind für einen normal verdienenden Arbeiter schon unerschwinglich, ganz zu schweigen von den Rentnern, Sozialunterstützungs-Empfängern und den Arbeitslosen. Zum zweiten aber muß man bezweifeln, dass selbst diese nach der Höhe ihrer Mieten unsozialen Wohnungen überhaupt gebaut werden. Preußkers Gesetzesentwurf schafft zahlreiche andere Vorränge. Schließlich ist die Finanzierung mit öffentlichen Mitteln noch ein Buch mit sieben Siegeln.

Der sozialdemokratischen Opposition erwächst hier die große Verpflichtung zur Wiederherstellung der Grundgedanken des Sozialen Wohnungsbaues. Sie wird in Kürze einen eigenen Gesetzesentwurf vorlegen. Seine Hauptgrundsätze werden sein: Aufrechterhaltung der Richtsatzmieten von 0,80 DM bis 1,10 DM pro qm, Vorrang des Sozialen Wohnungsbaues vor allen anderen Bauvorhaben, gesetzliche Sicherung der öffentlichen Mittel des Bundes für den Sozialen Wohnungsbau und schließlich Sicherungen dagegen, dass nur noch Einfachst- oder Schlichtwohnungen gebaut werden.

+ + +

#### Die Wahlkreise Schroth und Scharley

sp - Auch Verunglimpfungen haben kurze Beine. Unter den 14 Wahlkreisen, die die SPD in Nordrhein-Westfalen hat erobern können - gegenüber nur einem, den sie verlor - befinden sich auch die beiden Wahlkreise, in denen Schroth und Scharley kandidierten, die beiden Sozialdemokraten, mit deren Namen der Bundeskanzler vor dem 6. September die verunglimpfende Behauptung verband, die SPD sei aus dem Osten finanziert worden. Dass ein Regierungschef vor Gericht gezwungen werden mußte, diese Behauptung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen, hat sich in diesem Wahlkampf sehr zuungunsten der CDU ausgewirkt. Geradezu symbolisch für den Unwillen großer Wählermassen über diese Wahlpraktik Adenauers ist die Tatsache, dass Schroth und Scharley die beiden Wahlkreise, in denen sie kandidierten, für die SPD eroberten.